

061/2005

Stuttgart, den 21.02.2005

### Email belegt frühe Kenntnis der EnBW über die Problematik bei der Störfall-Beherrschung im AKW Philippsburg II

## Grüne fordern Konsequenzen

### MdL Boris Palmer: „Zuverlässigkeit des Betreibers ist in Frage gestellt“

---

Der Betreiber des Atomkraftwerks Philippsburg 2 hatte offensichtlich doch sehr viel früher Kenntnis über die Probleme der Beherrschung eines schweren Störfalls in der Anlage als bisher zugegeben, so der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer zu der heute durch Presseberichte bekannt gewordenen Email eines Gutachters an den Leiter der Anlage im August letzten Jahres. „Dies steht im krassen Widerspruch zu den bisherigen Äußerungen des Betreibers, aber auch des Umweltministeriums in Baden-Württemberg“, so Palmer. Der Umstand einer möglichen Nachweislücke (über die Beherrschbarkeit eines schweren Störfalls mit Kühlmittelverlusten) will der Betreiber nach seinen bisherigen Auslassungen erst im Verlauf des Dezembers bemerkt haben. Die Aufsichtsbehörde – das Umweltministerium – wurde - so Umweltminister Mappus in der Stellungnahme auf einen Antrag der Grünen vor zwei Wochen – erst am 13. Januar 2005 telefonisch durch den Betreiber unterrichtet.

„Trifft dieser Sachverhalt zu, dann hat der Betreiber die Unwahrheit gesagt“, sagte Palmer. Die vom Atomgesetz für den Betrieb kerntechnischer Anlagen vorausgesetzte Zuverlässigkeit des Betreibers – so Palmer – steht damit in Frage. Das Umwelt- und Verkehrsministerium Baden-Württemberg als Atomaufsichtsbehörde müsse diesen Sachverhalt umgehend aufklären.

Palmer: „Wenn leitende Mitarbeiter des Kernkraftwerks in Phillipsburg die Aufsichtsbehörde in die Irre führen, muss der zuständige Minister die atomrechtlich geforderte Zuverlässigkeit des Betreibers überprüfen und die Konsequenzen ziehen. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Minister Mappus in der Landtagsdebatte am Freitag selbst die Stilllegung der Anlage ins Gespräch gebracht hat. Wenn Mappus sichere Erkenntnisse über die Unzuverlässigkeit des Führungspersonals einer Atomanlage hat, ist er zum Handeln verpflichtet.“

Die „neue Sicherheitskultur“, die der ehemalige EnBW-Vorsitzende Gerhard Goll einführen wollte, sei offensichtlich ebenso wenig umgesetzt worden wie die vom Nachfolger Claassen angekündigte „Nulltoleranz-Politik“. Palmer: „Man muss bei den Verantwortlichen der EnBW inzwischen von hartnäckiger Lernverweigerung sprechen. Wir sind jetzt gespannt, wie Umweltminister Mappus der Lernfähigkeit bei der EnBW auf die Sprünge helfen will. Mit einem symbolischen Bußgeld ist es nicht getan.“